

P R O T O K O L L

über die Sitzung **des Rates** der Stadt Burgdorf am **14.12.2023** im Veranstaltungszentrum StadtHaus, Sorgenser Str. 31, 31303 Burgdorf

19.WP/Rat/020

Beginn öffentlicher Teil: 17:04 Uhr
Beginn vertraulicher Teil: Uhr

Ende öffentlicher Teil: 18:21 Uhr
Ende vertraulicher Teil: Uhr

ANWESENHEIT:

Bürgermeister

Pollehn, Armin

1. stellv. Bürgermeister

Hinz, Arne

2. stellv. Bürgermeisterin

Neitzel, Beate

Ratsherren/-frauen

Apel, Robert
Bierkamp, Dirk
Braun, Hartmut
Braun, Jens
Buhndorf, Andrea
Degro, Johanna
Fleischmann, Michael
Gawlik, Mario
Gersemann, Christiane
Hinz, Gerald
Höfner, Joachim
Kaefer, Volkhard, Dr.
Kicza, Tanja
Köneke, Klaus
Lilienthal, Anika
Müller, Malte
Nijenhof, Rüdiger
Paul, Susanne
Sieke, Oliver
Steinbeck-Behrens, Cord, Dr.
Sund, Björn
Thieleking, Ariane
Thöner, Dagmar
Vehling, Karl-Heinz, Dr.
Voß, Gabriele
Wendt, Jörgen

ab Top 3

ab Top 13

Verwaltung

Giere, Janna

Kugel, Michael
Piel, Anja
Raue, Nicole
Vierke, Silke

TAGESORDNUNG

Öffentlicher Teil

Einwohnerfragestunde

1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung
2. Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Rates vom 16.11.2023
3. Mitteilungen des Bürgermeisters
4. Nachbenennung eines Grundmandats im Ausschuss für Jugendhilfe und Familie
Vorlage: BV 2023 0674
5. Neufassung der Satzung über die Entschädigung für Angehörige der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Burgdorf sowie der Schiedspersonen der Stadt Burgdorf
Vorlage: BV 2023 0636
6. Neufassung der Richtlinien über offizielle Ehrungen durch die Stadt Burgdorf
Vorlage: BV 2023 0664
7. Neuer, einfacher Mietspiegel 2023 für Burgdorf
Vorlage: BV 2023 0655
8. Beitritt der Stadt Burgdorf in die Energiegenossenschaft Lehrte-Sehnde eG
Vorlage: BV 2023 0669
9. Änderung der Entwässerungsabgabensatzung
Vorlage: BV 2023 0670
10. Änderung der Straßenreinigungsgebührensatzung
Vorlage: BV 2023 0671
11. 12. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die dezentrale Abwasserbeseitigung
Vorlage: BV 2023 0672
12. Bebauungsplan Nr. 5-14 "Kapellenweg"
A) Beschluss über die Abwägung
B) Satzungsbeschluss (gem. § 10 Abs. 1 BauGB)
Bezug: Vorlage BV 2023 0553 und 0553/1
Vorlage: BV 2023 0650
13. Antrag Die Linke zur Radwegeverbindung zwischen City und Weststadt / Aus- bzw. Einfahrt am Finanzamtunnel begradigen
Vorlage: A 2023 0410

- 13.1. Antrag Die Linke zur Radwegeverbindung zwischen City und Weststadt / Aus- bzw. Einfahrt am Finanzamtstunnel begradigen - Ergänzende Informationen
Vorlage: M 2023 0410/1
- 13.2. Antrag Die Linke zur Radwegeverbindung zwischen City und Weststadt / Aus- bzw. Einfahrt am Finanzamtstunnel begradigen - Ergänzende Informationen (Teil 2)
Vorlage: M 2023 0410/2
- 13.3. Antrag zum Umbau der Radwegeverbindung zwischen City und Weststadt / Aus- bzw. Einfahrt am Finanzamtstunnel begradigen / Kostenschätzungen für die Umbauvarianten
Vorlage: M 2023 0410/4
- 13.4. Antrag zum Umbau der Radwegeverbindung zwischen City und Weststadt / Aus- bzw. Einfahrt am Finanzamtstunnel begradigen / Änderung Beschlussvorschlag
Vorlage: BV 2023 0410/5
14. Kommunale Wärmeplanung für Burgdorf, Antrag der Gruppe SPD und Bündnis 90/Die Grünen
Vorlage: A 2023 0634
15. Anfragen gemäß Geschäftsordnung

Einwohnerfragestunde

Öffentlicher Teil

Einwohnerfragestunde

Die Fragen aus der Einwohnerfragestunde sind dem Protokoll als **Anlage 1** beigelegt.

1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung

1. stellv. Bürgermeister Hinz eröffnet um 17:04 Uhr die Ratssitzung und begrüßt die Ehrenratsmitglieder sowie die zahlreichen Zuschauerinnen und Zuschauer.

Im Namen des Rates richtet er Glückwünsche an Ratsherrn Jens Braun, der kürzlich Geburtstag hatte.

Ratsfrau Voß verteilt Geschenke an die Ratsmitglieder als Dankeschön der Diakonie Hannover Land für deren ehrenamtliches Engagement.

1. stellv. Bürgermeister Hinz teilt mit, die Ratsfrauen Baumgarten, Birgin und Heller, die Ratsherren Paul und Schweer sowie die Ratsvorsitzende Meinig haben sich entschuldigen lassen.

Ratsvorsitzende Meinig richte Grüße an den Rat. Ratsherr Dr. Vehling habe angekündigt, sich aus beruflichen Gründen zu verspäten. Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

Es besteht die Empfehlung, die Beratungen zu den Tagesordnungspunkten

5. Neufassung der Satzung über die Entschädigung für Angehörige der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Burgdorf sowie der Schiedspersonen der Stadt Burgdorf
Vorlage: BV 2023 0636

14. Kommunale Wärmeplanung für Burgdorf, Antrag der Gruppe SPD und Bündnis 90/Die Grünen
Vorlage: A 2023 0634

zu vertagen. Die Beratungen in den Fachausschüssen sind noch nicht abgeschlossen.

Zum Tagesordnungspunkt 13 besteht die Empfehlung, diesen um die Vorlage

13.4 Antrag zum Umbau der Radwegeverbindung zwischen City und Weststadt / Aus- bzw. Einfahrt am Finanzamtstunnel begradigen / Kostenschätzungen für die Umbauvarianten
Vorlage: BV 2023 0410/5

zu ergänzen. Der Vorlage kann die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft, Arbeit, Liegenschaften und Verkehr entnommen werden.

1. stellv. Bürgermeister Hinz lässt über die geänderte Tagesordnung abstimmen.

Der Rat fasst mit 27 Ja-Stimmen folgenden

Beschluss:

Die Tagesordnung wird mit den vorangegangenen Änderungen angenommen.

2. Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Rates vom 16.11.2023

1. stellv. Bürgermeister Hinz fragt, ob es Anmerkungen zum Protokoll der letzten Sitzung gebe.

Ratsherr Gawlik bittet im Namen des noch abwesenden Ratsherrn Dr. Vehling um Ergänzung seines Redebeitrages unter Top 14. Ratsherrn Dr. Vehling sei wichtig, dass deutlich werde, dass eine Klärung, ob das Vertrauen des Rates in den Bürgermeister noch bestehe, nur in Anwesenheit des Bürgermeisters erfolgen solle.

Beigeordnete Gersemann kritisiert, dass die Anlage 1 zum

Protokoll nicht aufrufbar sei.

Stadträtin Vierke dankt für den Hinweis und erklärt, dabei handele es sich um ein Versehen. Die Anlage werde am Folgetag abrufbar sein.

Der Rat fasst mit 24 Ja-Stimmen und drei Enthaltungen folgenden

Beschluss:

Das Protokoll wird mit den vorgenannten Änderungen genehmigt.

3. Mitteilungen des Bürgermeisters

Bürgermeister Pollehn berichtet über die angespannte Lage bei der Gewinnung von Fachkräften und die damit einhergehende angespannte Situation im Allgemeinen Sozialen Dienst der Jugendhilfeabteilung. Er informiert, die Stadt habe die Anzeige an das Ministerium mittlerweile zurückgezogen. Es habe nie die Intention bestanden, das Jugendamt abzugeben. Es war allein aus der Verantwortung heraus intendiert anzuzeigen, dass zurzeit im Allgemeinen Sozialen Dienst keine ausreichenden Personalkapazitäten bestehen.

Im Zusammenwirken mit den Kolleginnen und Kollegen des Jugendamtes seien Maßnahmen zur Personalgewinnung, zum Vertrauensaufbau, zur Wiederherstellung der geordneten Arbeitsabläufe und der Arbeitszufriedenheit entwickelt worden. Herrn Kugel wurde in seiner Funktion als Jugendamtsleitung die organisatorische und koordinative Umsetzung des „Neuanfangs“ übertragen.

**4. Nachbenennung eines Grundmandats im Ausschuss für Jugendhilfe und Familie
Vorlage: BV 2023 0674**

Der Rat fasst mit 28 Ja-Stimmen folgenden

Beschluss:

Der Ausschuss für Jugendhilfe und Familie wird um

Frau Annika Lilienthal als Mitglied mit beratender Stimme (Grundmandat) sowie

Herrn Dr. Karl-Heinz Vehling als stellv. Mitglied mit beratender Stimme (stellv. Grundmandat)

ergänzt.

Im Übrigen bleibt die Ausschussbesetzung unverändert und wird – wie in der Anlage zur Vorlage aufgeführt - festgestellt.

5. **Neufassung der Satzung über die Entschädigung für Angehörige der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Burgdorf sowie der Schiedspersonen der Stadt Burgdorf**
Vorlage: BV 2023 0636
-

- vertagt -

6. **Neufassung der Richtlinien über offizielle Ehrungen durch die Stadt Burgdorf**
Vorlage: BV 2023 0664
-

Der Rat fasst mit 28 Ja-Stimmen folgenden

Beschluss:

Die Richtlinien über offizielle Ehrungen durch die Stadt Burgdorf werden gemäß der Anlage 1 der Vorlage beschlossen. Eine Ausfertigung der Anlage wird zudem zum Bestandteil des Originalprotokolls (Anlage A) erklärt.

7. **Neuer, einfacher Mietspiegel 2023 für Burgdorf**
Vorlage: BV 2023 0655
-

Ratsherr Fleischmann prangert die gestiegenen Mieten an, Vermieter nützten dies schamlos aus. Burgdorf brauche mehr Sozialwohnungen, nicht nur in der Kernstadt, auch in den Ortschaften. Er plädiert dafür, kein Baugebiet mehr auszuweisen, das nicht mind. 25 %, besser 30 % sozialen Wohnungsbau beinhalte. Selbst mittlere Einkommen seien mittlerweile B-Schein berechtigt.

Ratsherr Sund bemängelt, dass alle zwei Jahre ein Beschluss über den Mietspiegel gefasst werde, bei dem die Mieten permanent stiegen. Dabei treffe es die gesamte Gesellschaft, bezahlbarer Wohnraum sei in Burgdorf Mangelware. Am höchsten seien dabei die Quadratmetermieten bei Wohnungen von 45 – 65 m². **Ratsherr Sund** spricht sich für eine kommunale Wohnungsgenossenschaft aus, um bezahlbaren Wohnraum zu schaffen.

Ratsherr Gawlik verweist darauf, dass bereits seit Jahren über die Gründung einer Burgdorf GmbH als Stadtentwicklungsgesellschaft gesprochen werde. Hier habe es einen breiten Konsens gegeben, bis hin zum Satzungsentwurf. Anschließend sei darüber informiert worden, dass noch Änderungen in der Gremienbeteiligung vorgesehen seien. Er appelliert, diese Änderungen zurückzunehmen und die Gründung voranzutreiben.

Ratsherr Köneke verweist darauf, dass es sich bei der zu beschließenden Vorlage um einen einfachen und nicht um einen qualifizierten Mietspiegel handele. Daran könnten keine Mieterhöhungen herausgelesen werden.

Ratsherr Nijenhof gibt Ratsherrn Köneke recht, dass dieser einfache Mietspiegel nicht so fein analysiert sei, wie ein qualifizierter Mietspiegel. Dennoch seien die Mieten gestiegen, dies könne niemand abstreiten. Gegenüber Ratsherrn Gawlik stellt er klar, es habe in mind. drei Sitzungen Einigkeit darüber bestanden, dass die Kommunalpolitik beteiligt werden solle und hält dies für richtig. Dem Vorschlag von Ratsherrn Sund zur Einrichtung einer Wohnungsgenossenschaft könne er sich nur anschließen, ein entsprechender Antrag fände seine volle Unterstützung.

Beigeordneter G. Hinz stellt richtig, dass es kein konsensuales Ergebnis zur Burgdorf GmbH gegeben habe und bittet, dies im Protokoll nachzulesen. Einen Beschluss zur Einrichtung einer Wohnungsgenossenschaft gebe es schon, die Umsetzung stehe noch aus. Dabei müsse aber bedacht werden, dass öffentliches Geld nicht in private Hände gehöre. Es müsse sichergestellt werden, dass öffentliches Vermögen nicht in einer privaten Wohnungsgenossenschaft aufgehe.

Ratsherr Apel begrüßt den Appell von Herrn Sund, möchte aber daran erinnern, dass es die CDU-Fraktion war, die diese Gesellschaft initiiert hat. Er bittet den Diskussionsmodus zu verlassen und stattdessen zu schauen, wo es hakt. Es müssten Lösungen gefunden werden, statt sich in unwichtigen Detailfragen zu verlieren.

Ratsherr Gawlik erklärt, das unabhängig von Ratsbeschlüssen ein relevanter Player am Tisch säße, der einen entsprechenden Anteil und ein gewisses Risiko in die Gesellschaft einbringe. Die Rahmenbedingungen dafür seien geschaffen, die Fraktionen SPD und Grüne müssten ihre Grundhaltung überdenken. Anderenfalls befürchte er, dass das Projekt scheitere oder erst in der nächsten Wahlperiode umgesetzt werden kann.

Ratsfrau Lilienthal möchte nicht diskutieren, es sollten lieber Lösungen geschaffen werden. Der Wohnungsbau müsse vorangetrieben werden und sie hoffe auf Ideen, wie dies umgesetzt werden könne.

Ratsherr Fleischmann appelliert erneut dafür, sozialen Wohnungsbau zu schaffen. Es könne nicht sein, dass Menschen in Burgdorf keine Wohnung fänden.

Der Rat fasst mit 28 Ja-Stimmen folgenden

Beschluss:

Der Rat der Stadt Burgdorf erkennt den in der Anlage zur Vorlage beigefügten Mietspiegel 2023 für das Gebiet der Stadt Burgdorf als einfachen Mietspiegel gemäß § 558c Bürgerliches Gesetzbuch (BGB) an und setzt diesen somit per 14. Dezember 2023 in Kraft.

8. **Beitritt der Stadt Burgdorf in die Energiegenossenschaft Lehrte-Sehnde eG**
Vorlage: BV 2023 0669

Ratsherr Gawlik unterstützt die Beitrittserklärung und hofft, dort auch bald den Namen „Burgdorf“ zu lesen. Die Förderung von Photovoltaik in Lehrte und Sehnde laufe bereits sehr erfolgreich. Wenn es zum Beitritt komme, müsse dies den Bürgerinnen und Bürgern von Burgdorf kommuniziert werden.

Bürgermeister Pollehn wirbt für Zustimmung und kündigt an, dass in einem zweiten Schritt die Satzung anzupassen sei. Der Vorstand berate in den nächsten Tagen, anschließend erfolge die Satzungsänderung und im Juni die Generalvollversammlung. Bis dahin sollen ausstehende Fragestellungen aufbereitet und in der Generalversammlung beschlossen werden.

Der Rat fasst mit 28 Ja-Stimmen folgenden

Beschluss:

Der Bürgermeister wird beauftragt, die Mitgliedschaft in der Energiegenossenschaft Lehrte-Sehnde eG zum nächstmöglichen Zeitpunkt zu beantragen und einen Geschäftsanteil in Höhe von 500 € zu erwerben. Der Bürgermeister wird ermächtigt, die der Vorlage als Anlage beigefügte Beitrittserklärung zu unterzeichnen.

**9. Änderung der Entwässerungsabgabensatzung
Vorlage: BV 2023 0670**

Der Rat fasst mit 27 Ja-Stimmen und einer Gegenstimme folgenden

Beschluss:

Die 24. Satzung zur Änderung der Entwässerungsabgabensatzung vom 07.07.1994 wird in der sich aus der Anlage der Vorlage Nr. BV 2023 0670 ergebenden (und der Originalniederschrift als Anlage B beigefügten) Fassung beschlossen.

**10. Änderung der Straßenreinigungsgebührensatzung
Vorlage: BV 2023 0671**

Ratsherr Fleischmann teilt mit, er werde die Vorlagen ablehnen, die Gebührenerhöhungen vorsähen. Hier würden nicht nur die Gebühren steigen, es werde auch ungerechter. So hätten Reihenhäuser die gleichen Kosten zu erwarten, wie Einfamilienhäuser, was zu einer Ungleichbehandlung führe. Diese Ungerechtigkeit müsse behoben werden.

Beigeordneter G. Hinz erwidert, die Stadt kalkuliere die Gebühren entsprechend der Kosten. Dabei werde weder Gewinn noch Verlust erwirtschaftet. Geringere Gebühren seien aufgrund der angespannten

Haushaltsslage nicht angezeigt. Zu dem Beispiel mit den Reihenhäusern verweist er auf klare Verteilungsschlüssel, welche insbesondere vor Gericht standhalten müssen. Dabei sei es vor allem wichtig, dass diese nicht gegen geltendes Recht verstoßen. Bisher habe es diesbezüglich noch keine Beanstandungen an den Berechnungsverfahren gegeben.

Der Rat fasst mit 27 Ja-Stimmen und einer Gegenstimme folgenden

Beschluss:

Die 6. Satzung zur Änderung der Straßenreinigungsgebührensatzung vom 14.12.2017 wird in der sich aus der Anlage der Vorlage BV 2023 0671 ergebenden (und der Originalniederschrift als Anlage C) beigefügten Fassung beschlossen.

- 11. 12. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die dezentrale Abwasserbeseitigung
Vorlage: BV 2023 0672**
-

Der Rat fasst mit 27 Ja-Stimmen und einer Gegenstimme folgenden

Beschluss:

Die 12. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die dezentrale Abwasserbeseitigung vom 15.11.1990 wird in der sich aus der Anlage der Vorlage BV 2023 0672 ergebenden (und der Originalunterschrift als Anlage D beigefügten) Fassung beschlossen.

- 12. Bebauungsplan Nr. 5-14 "Kapellenweg"
A) Beschluss über die Abwägung
B) Satzungsbeschluss (gem. § 10 Abs. 1 BauGB)
Bezug: Vorlage BV 2023 0553 und 0553/1
Vorlage: BV 2023 0650**
-

Der Rat fasst mit 28 Ja-Stimmen folgenden

Beschluss:

- (A) Von den Ergebnissen der im Anhang wiedergegebenen Beteiligungsverfahren zum Bebauungsplanentwurf Nr. 5-14 „Kapellenweg“**
- der in der Zeit vom 30.05.2022 bis 14.06.2022 durchgeführten frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 Abs. 1 BauGB,
 - der mit Schreiben vom 25.05.2022 durchgeführten frühzeitigen Beteiligung der Behörden gemäß § 4 Abs. 1 BauGB,
 - der in der Zeit vom 18.09.2023 bis 18.10.2023

- durchgeführten öffentlichen Auslegung gemäß
§ 3 Abs. 2 BauGB,
- der mit Schreiben vom 15.09.2023 durchgeführten
Beteiligung der Behörden gemäß § 4 Abs. 2 BauGB,
wird Kenntnis genommen. Die in der anliegenden
Abwägung und in der Begründung beschriebenen
Abwägungsvorgänge werden beschlossen.

B) Satzungsbeschluss:

Der Bebauungsplan Nr. 5-14 „Kapellenweg“ wird unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Beteiligungsverfahren in der Fassung vom November 2023 als Satzung sowie die Begründung, ebenfalls in der Fassung vom November 2023, beschlossen.

- 13. Antrag Die Linke zur Radwegeverbindung zwischen City und Weststadt / Aus- bzw. Einfahrt am Finanzamtstunnel begradigen
Vorlage: A 2023 0410**
-

Die Tagesordnungspunkte 13 – 13.4 werden gemeinsam behandelt.

- 13.1. Antrag Die Linke zur Radwegeverbindung zwischen City und Weststadt / Aus- bzw. Einfahrt am Finanzamtstunnel begradigen - Ergänzende Informationen
Vorlage: M 2023 0410/1**
-

- 13.2. Antrag Die Linke zur Radwegeverbindung zwischen City und Weststadt / Aus- bzw. Einfahrt am Finanzamtstunnel begradigen - Ergänzende Informationen (Teil 2)
Vorlage: M 2023 0410/2**
-

- 13.3. Antrag zum Umbau der Radwegeverbindung zwischen City und Weststadt / Aus- bzw. Einfahrt am Finanzamtstunnel begradigen / Kostenschätzungen für die Umbauvarianten
Vorlage: M 2023 0410/4**
-

- 13.4. Antrag zum Umbau der Radwegeverbindung zwischen City und Weststadt / Aus- bzw. Einfahrt am Finanzamtstunnel begradigen / Änderung Beschlussvorschlag**

1. stellv. Bürgermeister Hinz übergibt das Wort an den Antragssteller, Ratsherrn Fleischmann.

Ratsherr Fleischmann berichtet von einer Situation, die ihm vor ein paar Tagen an dem Tunnel passiert sei. Dabei sei er beinahe mit einer entgegenkommenden Radfahrerin kollidiert. Beide hätten sich dabei umsichtig verhalten, was beweise, dass eine vorsichtige Fahrweise nicht ausreiche, um Unfälle an dieser gefährlichen Stelle zu verhindern. Der Tunnel sei in den 1970er Jahren für Fußgänger gebaut worden, was bei zunehmendem Radverkehr, insbesondere dem Schülerverkehr und den immer häufiger anzutreffenden Funktionsrädern (z. B. Lastenrädern), heute immer wieder zu gefährlichen Situationen führe. **Ratsherr Fleischmann** bittet daher darum, den am Tunnel angebrachten Spruch „Der Tunnel bringt Sicherheit, sorgen Sie für Sauberkeit“ zu entfernen, da dieser zynisch sei. Die von der Verwaltung vorgeschlagenen kosmetischen Maßnahmen würden diese Probleme nicht lösen. Er spricht sich dabei insbesondere gegen die Aufstellung von Pfosten aus, da hier die Gefahr bestünde, dass Lastenräder daran hängen bleiben könnten. Auch könne nicht erwartet werden, dass Radfahrer an dieser Stelle absteigen, wenn der Radverkehr attraktiver werden solle. Schwere Unfälle würden zunehmen, daher plädiert er dafür, an der Zufahrt entsprechende bauliche Änderungen vorzunehmen.

Beigeordneter H. Braun verweist auf die umfangreiche Behandlung des vorliegenden Antrages. Er könne Ratsherrn Fleischmann in Teilen zustimmen, jedoch müssten für eine Begradigung Teile des Magdalenenfriedhofes weichen. Dies sei mit dem Denkmalschutz kaum zu vereinbaren. Auch stehe der Aufwand in keiner Relation zu dem erwarteten Erfolg. Gleichwohl nehme der Radverkehr zu und es müssten vorausschauende Planungen erfolgen. Hier sehe er das Mobilitätskonzept als besseren Lösungsansatz, bei dem Fördermöglichkeiten ausgelotet und konkrete Lösungsvorschläge ausgearbeitet werden können. Die von der Verwaltung vorgeschlagenen Ansätze sehe er dabei als eine provisorische Lösung.

Ratsherr Nijenhof stimmt zu, dass der Tunnel gefährlich sei. Die neueste Vorlage der Verwaltung schätze die Baukosten jedoch auf 600.000 € und er vermutet, dass diese tatsächlich sogar noch weit höher liegen könnten. Kosten und Aufwand sehe er als zu hoch an. Er plädiert stattdessen dafür, es müsste mehr Möglichkeiten geben, um in die Kernstadt zu gelangen. Hier käme eine Ertüchtigung der Brücke am Schwimmbad oder auch ein fahrradtauglicher Übergang am Bahnhof in Frage. Hier müsse globaler gedacht werden. Auch könne noch nicht abgeschätzt werden, wie lange die Hochbrücke noch hält. Sollte diese in 10 Jahren erneuert werden müssen, wären die heute zu beschließenden Baumaßnahmen hinfällig. Jetzt 600.000 € in diese Maßnahme zu stecken, halte er für falsch und wundert sich über das Begehren von Ratsherr Fleischmann, der sich sonst eher gegen Investitionen ausspreche.

Ratsherr Fleischmann kritisiert, dass viele Maßnahmen des angesprochenen Mobilitätskonzeptes nie umgesetzt worden seien. So lange der Tunnel nicht begradigt sei, werde es weiterhin Unfälle

geben.

Ratsherr Dr. Vehling kündigt an gegen den Antrag zu stimmen, da die eigentliche Gefahr nicht durch den Tunnel, sondern durch nicht achtsame Fahrweise entstünde. Er habe bislang weder von Unfällen noch von verlorenen Menschenleben an dieser Stelle gehört. So lange es in Schulen noch durch die Dächer regne, werde die FDP solche Maßnahmen nicht unterstützen.

1. stellv. Bürgermeister Hinz stellt den Antrag zur Abstimmung.

Der Rat fasst mit einer Ja-Stimme, 27 Gegenstimmen und einer Enthaltung folgenden

Beschluss:

Der Antrag, die Radwegeeinfahrt bzw. -ausfahrt am Finanzamtstunnel in Richtung Innenstadt zu begradigen und zu verbreitern, wird abgelehnt.

Ein Beschluss des Rates zu Tagesordnungspunkt 13.4 ist nicht notwendig. Der Verwaltungsausschuss hat beschlossen, der Bürgermeister wird beauftragt, Maßnahmen für die Verbesserung der Verkehrssicherheit und Aufwertung der Bahnunterführung am Finanzamt im Rahmen der unter Nr. 1 der Vorlage M 2023 0410/4 genannten „kleinen Maßnahmen“ zu erarbeiten.

Für die konkrete Ausführung ist eine Beschlussvorlage zu erstellen.

**14. Kommunale Wärmeplanung für Burgdorf, Antrag der Gruppe SPD und Bündnis 90/Die Grünen
Vorlage: A 2023 0634**

- vertagt -

15. Anfragen gemäß Geschäftsordnung

- keine -

Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen gestellt.

1. stellv. Bürgermeister Hinz wünscht allen eine besinnliche Weihnachtszeit und schließt die Sitzung um 18:21 Uhr.

Geschlossen:

Bürgermeister

Ratsvorsitzende

Protokollführerin